

## **Erläuterungen zu den Änderungen der AHVV auf 1. Januar 2007**

### **Artikel 2 Absatz 2**

(Erfüllung der Voraussetzungen für eine verhältnismässig kurze Zeit)

Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung (nachstehend Asylsuchende), die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind nach heutiger Rechtslage aufgrund ihres Wohnsitzes (vgl. dazu Zeitschrift für Zivilstandswesen 1985 S. 361 ff, BGE 113 II 5) obligatorisch versichert (Art. 1a Abs. 1 Bst. a AHVG). Die bisher von Absatz 2 vorgesehene Karenzfrist für nichterwerbstätige Asylsuchende in den ersten sechs Monaten nach Einreichung ihres Asylgesuches wird aufgehoben.

Neu sieht der im Rahmen der Teilrevision des Asylgesetzes eingeführte Absatz 2<sup>bis</sup> von Artikel 14 AHVG eine Sistierung des Beitragsbezuges bei Asylsuchenden vor, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Damit wird den kantonalen Behörden ein unverhältnismässiger Verwaltungsaufwand für die Erfassung von Personen, welche die Schweiz bereits nach kurzer Zeit wieder verlassen, erspart, ohne jedoch grundsätzlich die betreffenden Personengruppen von der Versicherungspflicht auszunehmen. Bei Eintritt eines Versicherungsfalles oder bei der Regelung der Anwesenheit der betreffenden Person in der Schweiz wird die Sistierung aufgehoben. Die Beiträge werden - innerhalb der Grenzen der Verjährung nach Artikel 16 AHVG - rückwirkend auf den Zeitpunkt der Wohnsitznahme (vgl. dazu Art. 13 ATSG, Art. 23-26 ZGB) erhoben.

### **Artikel 11**

(Verpflegung und Unterkunft)

Die Ansätze für Verpflegung und Unterkunft sind in der AHV/IV/EO/ALV koordiniert mit den entsprechenden identischen Ansätzen im Recht der direkten Bundessteuer. Sie sind letztmals auf den 01. Januar 2001 erhöht worden.

Aus Gründen der Gleichbehandlung der naturallohnbeziehenden Personen mit der grossen Mehrheit der Arbeitnehmenden, die Verpflegung und Unterkunft aus ihrem beitragspflichtigen Lohn auf dem Markt erstehen müssen, sind periodische Neubewertungen vorzunehmen.

Als Basis für die bisherigen Berechnungen dienten die Haushaltsrechnungen 1989 (HR 89). Die gestützt darauf ermittelten Ansätze wurden an den Landesindex der Konsumentenpreise angepasst.

Neu beruhen die Bewertungen auf der Einkommens- und Verbrauchserhebung 2003 (EVE 2003), welche den durchschnittlichen Preisstand des Jahres 2003 wiedergibt. Obwohl die Teuerungsraten ab dem Jahr 2004 eher gering waren, sind die Angaben bis und mit dem Jahre 2005 an den Landesindex der Konsumentenpreise angepasst worden.

Auf der neu zur Anwendung gelangenden Basis der Einkommens- und Verbrauchserhebung 2003 ergeben sich die nachstehenden ab dem 01. Januar 2007 geltenden Ansätze:

- a) Ansatz für Verpflegung und Unterkunft insgesamt (*Absatz 1*): Fr. 33.--
- b) Dieser Totalansatz wird wie folgt aufgegliedert (*Absatz 2*):

Frühstück	Fr. 3.50
Mittagessen	Fr. 10.–
Abendessen	Fr. 8.–
Unterkunft	Fr. 11.50

Die Erhöhung der Ansätze für Unterkunft und Verpflegung kann sich auf die Höhe der AHV- und IV-Renten sowie auf die IV-Taggelder auswirken.

Als möglicher Bestandteil des vordienstlichen (= massgebenden) Einkommens hat der Naturallohn auch in der EO einen Einfluss. Eine Erhöhung des Ansatzes bewirkt hier eine höhere Entschädigung an die Dienstleistenden bzw. ihre Arbeitgeber sowie höhere Mutterschaftsentschädigungen, falls die Anstellungsverhältnisse einen Naturallohn vorsehen.

Bei den Ergänzungsleistungen werden Erwerbseinkünfte in Geld oder Naturalien als Einnahmen angerechnet (Art. 3c Abs. 1 Bst. a ELG). Naturaleinkommen wird nach den in der AHV geltenden Vorschriften bewertet (vgl. Art. 11 ELV). Damit wirkt sich eine Erhöhung der Ansätze in *Artikel 11* auch auf die Ergänzungsleistungen aus.

#### **Artikel 14**

(Mitarbeitende Familienmitglieder)

In der *Sachüberschrift* und den *Absätzen 1 und 2* werden redaktionelle Änderungen vorgenommen, indem der Begriff „Familienglieder“ durch „Familienmitglieder“ ersetzt wird. Dieser Ausdruck steht bereits in Absatz 3 geschrieben. Inhaltlich ergeben sich keine Änderungen. Der in *Absatz 3* geregelte Globallohn ist eine Grösse, die sich aus den beiden Bestandteilen Naturallohn und Barlohn zusammensetzt. Seine Anwendung ist hauptsächlich in der Landwirtschaft und in kleingewerblichen Kreisen von Bedeutung.

Naturallohn und Barlohn werden gleichzeitig an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst. Analog zum Naturallohn (vgl. Erläuterungen zu Art. 11) wurde der Barlohn letztmals auf den 01. Januar 2001 erhöht. Der Barlohn folgt jedoch der Entwicklung des Nominallohnindex (Basis Juni 1939 = 100). Der Nominallohnindex erreichte 2005 einen Stand von 2'115 Punkten und lag damit 8,3 Prozent über dem für den geltenden Barlohn von Fr. 990.-- massgebenden Indexstand von 1'953. Wird dieser Entwicklung nun Rechnung getragen, so resultiert daraus ein Barlohn von Fr. 1'073.--. Weil der Barlohn aber eine durch dreissig teilbare Zahl sein sollte, erfolgt eine Aufrundung auf Fr. 1'080.--. Mit dem neuen Barlohn ist die Lohnentwicklung bis zum Indexstand von 2'130 Punkten ausgeglichen. Die Summe aus dem so errechneten Barlohn und dem Naturallohn entspricht dem Globallohn für Alleinstehende. Der Globallohn für Verheiratete ergibt sich aus dem Globallohn für Alleinstehende und dem Naturallohnansatz. Der Globallohnansatz beträgt somit ab dem 01. Januar 2007 für Alleinstehende Fr. 2'070.--, derjenige für Verheiratete Fr. 3'060.--.

### *Festsetzung der neuen Ansätze*

Jahr	Nominallohnindexstand (Juni 1939 = 100)	Ausgeglichener Lohnindexstand für Barlohn	Ansätze				Gesamtansatz (teilbar durch 30)	
			1.1.2001 bis 31.12.2006		Ab 1.1.2007			
			N	B	N	B	Alleinstehende	Verheiratete
2001		1953	900	990			1890	2790
2005	2115							
2007		2130			990	1080	2070	3060

N = Naturallohn (Tagesansatz gemäss Art. 11 auf Monat umgerechnet)

B = Barlohn

### **Artikel 16 Absatz 1 erster Satz**

(Beiträge der Arbeitnehmer nicht beitragspflichtiger Arbeitgeber)

Artikel 16 nimmt Bezug auf die obere Grenze der sinkenden Beitragsskala gemäss Artikel 21. Dieser Betrag wird an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst (vgl. Art. 1 Verordnung 07), was eine entsprechende Änderung von *Absatz 1 erster Satz* notwendig macht.

### **Artikel 21**

(Sinkende Beitragsskala für Selbständigerwerbende)

Die obere und die untere Grenze der sinkenden Skala werden an die Lohn- und Preisentwicklung angepasst (vgl. Art. 1 Verordnung 07), was eine entsprechende Änderung von *Absatz 1* erfordert. Gleichzeitig sind auch die einzelnen Stufen innerhalb der Skala neu festzusetzen. Der systematische Aufbau der sinkenden Skala wird dabei beibehalten.

Die Anpassung der unteren Grenze der sinkenden Skala an die Lohn- und Preisentwicklung erfordert, dass der in *Absatz 2* genannte Betrag entsprechend geändert wird.

### **Artikel 23 Absatz 3**

(Ermittlung des Einkommens und des Eigenkapitals)

Seit dem 01. Januar 2003 gilt in allen Kantonen für die direkte Bundessteuer das Verfahren der einjährigen Gegenwartsbemessung. Damit entfallen sämtliche Zwischenveranlagungen, da bei der Gegenwartsbemessung das veranlagte Einkommen dem im Steuerjahr tatsächlich erzielten Einkommen entspricht. In *Absatz 3*, welcher die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 bei Zwischenveranlagungen und Nachsteuerverfahren für sinngemäss anwendbar erklärt, wird deshalb der Begriff „Zwischenveranlagungen“ gestrichen.

### **Artikel 28 Absatz 1**

(Bemessung der Beiträge)

Die Anpassung des Mindestbeitrages an die Lohn- und Preisentwicklung (vgl. Art. 2 Abs. 2 Verordnung 07) macht eine entsprechende Änderung von *Absatz 1* notwendig. Abgesehen von der Erhöhung des Mindestbeitrages bleiben die Beiträge unverändert.

**Artikel 118 Absatz 3 zweiter Satz**  
(Nichterwerbstätige)

Bei dem im *zweiten Satz von Absatz 3* genannten Artikel 1a Absatz 3 Buchstabe b handelt es sich um eine Bestimmung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG). Die fehlende Angabe dieses Gesetzes wird eingefügt.

**Artikel 224, Abs. 2, erster Satz**  
(Höhe der Beiträge)

1999 wurde eine Neuregelung eingeführt. Die Subventionshöhe, die gestützt auf einen Prozentsatz der Lohnsumme ausgerichtet wird, musste nach den gemäss Budget vorhandenen Mitteln festgelegt werden. Für die SPITEX-Organisationen ist es sehr wichtig den Subventionssatz für das nächste Jahr möglichst früh zu kennen. Um eine rechtzeitige Information zu ermöglichen, musste ein Lohnmeldesystem eingeführt wie auch festgelegt werden, dass jeweils die Löhne des Vorjahres massgebend sind (z. B.: Für die AHV-Subvention 2007 die Löhne 2005). Diese Lösung hat sich sehr gut bewährt. In einem kürzlich ergangenen Urteil der Eidgenössischen Rekurskommission für kollektive Leistungen der Alters- und Invalidenversicherung wird die Frage der Gesetzmässigkeit dieser Regelung offen gelassen, da sie lediglich im Kreisschreiben festgelegt ist. Um für die verbleibende Zeit vor dem NFA die Regelung beibehalten zu können, soll das bewährte Prinzip in der Verordnung festgehalten werden.

## Commentaires des modifications du RAVS au 1<sup>er</sup> janvier 2007

### Article 2, al. 2

(Personnes ne remplissant les conditions de l'assurance obligatoire que pour une période relativement courte)

Les requérants d'asile, les personnes admises à titre provisoire ainsi que les personnes à protéger sans autorisation de séjour (ci-après les requérants d'asile), qui n'exercent aucune activité lucrative, sont assurés obligatoirement (art. 1a, al. 1, let. a, LAVS) sur la base de leur domicile (Revue de l'état civil 1985 p. 361ss, ATF 113 II 5), selon la législation actuelle. Le délai de carence de six mois prévu par l'ancien al. 2, pour les requérants d'asile sans activité lucrative, à compter de la date de dépôt de leur demande d'asile, est supprimé.

En effet, l'al. 2<sup>bis</sup> de l'art. 14 LAVS, introduit dans le cadre de la révision partielle de la loi sur l'asile, prévoit une suspension de la perception des cotisations pour les requérants d'asile n'exerçant aucune activité lucrative. Ainsi, les autorités cantonales s'épargnent une charge administrative disproportionnée liée au recensement de personnes qui vont de nouveau quitter la Suisse après un court laps de temps, sans pour autant exclure de l'obligation de s'assurer, en principe, les groupes de personnes concernés. La suspension est levée lors de la survenance d'un cas d'assurance ou lorsque la présence de la personne concernée en Suisse est réglée. Les cotisations sont prélevées rétroactivement au moment de la prise de domicile (art. 13 LPGA, art. 23 à 26 CCS), dans les limites de la prescription instaurée par l'art. 16 LAVS.

### Art. 11

(Nourriture et logement)

Les montants pour la nourriture et le logement sont coordonnés dans l'AVS/AI/APG/AC avec les montants correspondant, identiques, de l'impôt fédéral direct. Ils ont été augmentés pour la dernière fois le 1<sup>er</sup> janvier 2001.

Pour des raisons d'égalité de traitement entre les personnes qui sont payées en nature et la grande majorité des employés qui doivent avec leur salaire soumis à cotisation se loger et se nourrir au prix du marché, des adaptations périodiques sont nécessaires.

L'enquête sur les budgets des ménages 1989 devait servir comme base de calcul. Les montants ainsi obtenus ont été adaptés d'après l'indice suisse des prix à la consommation.

Les calculs se fondent désormais sur l'enquête sur les revenus et la consommation 2003 (ERC 2003) et reproduisent le niveau des prix de l'année 2003. Bien que le renchérissement ait été minime à partir de 2004, les données ont été adaptées jusqu'à l'année 2005 (comprise) d'après l'indice suisse des prix à la consommation.

Les montants ci-après, valables à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2007, résultent de la base nouvellement applicable de l'enquête sur les revenus et la consommation 2003:

- a) Montant pour la nourriture et le logement (al. 1): Fr. 33.--
- b) Ce montant total se répartit de la manière suivante (al. 2):

Petit déjeuner	Fr. 3.50
Repas de midi	Fr. 10.--
Repas du soir	Fr. 8.--
Logement	Fr. 11.50

Une hausse des montants pour le logement et la nourriture peut également avoir des conséquences sur le niveau des rentes AVS et AI, ainsi que sur les indemnités journalière de l'AI.

En matière d'APG, le revenu en nature a une influence en tant qu'élément potentiel du revenu (déterminant) acquis avant le service. Une hausse du montant relève ici les indemnités en faveur de la personne qui effectue son service ou de son employeur, ainsi que les allocations de maternité, lorsque les rapports de travail prévoient un revenu en nature.

En matière de PC, les ressources en espèces ou en nature sont considérées comme revenu (art. 3c, al. 1, let. a, LPC). Le revenu en nature est évalué selon les prescriptions valables pour l'AVS (cf. art. 11 OPC). Ainsi, une hausse des montants dans l'art. 11 a également une portée significative dans les PC.

## Art. 14

(Membres de la famille travaillant dans l'exploitation)

L'intitulé de la matière ainsi que les al. 1 et 2 font l'objet de modifications rédactionnelles pour le texte allemand uniquement.

Le salaire global réglé à l'al. 3 se compose de deux éléments: le salaire en nature et le salaire en espèce. Son application est significative surtout dans l'agriculture et les petites entreprises artisanales.

Le salaire en nature et le salaire en espèces sont adaptés en même temps à l'évolution économique. Comme le salaire en nature, le salaire en espèces a été augmenté pour la dernière fois le 1<sup>er</sup> janvier 2001 (cf. commentaire de l'art. 11). Le montant du salaire en espèce suit l'évolution de l'indice des salaires nominaux (base juin 1939 = 100). En 2005, l'indice des salaires nominaux atteignait 2'115 points et est donc supérieur de 8,3 pour cent au niveau de l'indice des salaires de 1'953 qui détermine l'actuel salaire en espèce fixé à 990 francs. En prenant en considération cette évolution, le salaire en espèce équivaldrait à 1'073 francs. Le salaire en espèce devant être un nombre divisible par trente, il faut par conséquent arrondir à 1'080 francs. Le nouveau salaire en espèces tient compte de l'évolution des salaires jusqu'au niveau de l'indice de 2'130 points. La somme du salaire en espèces ainsi calculé et du salaire en nature donne le salaire global pour les célibataires. Le salaire global pour les personnes mariées correspond au salaire global pour les célibataires additionné du salaire en nature. Le montant du salaire global s'élève ainsi, dès le 1<sup>er</sup> janvier 2007, à 2'070 francs pour les célibataires et à 3'060 francs pour celui des personnes mariées.

### Fixation des nouveaux montants

Année	Niveau de l'indice des salaires (juin 1939 = 100)	Niveau de l'indice des salaires pour le salaire en espèces	Salaires valables				Salaires totaux (divisible par 30)	
			du 1.1.2001 au 31.12.2006		dès le 1.1.2007			
			N	E	N	E	Célibataires	Personnes mariées
2001		1953	900	990			1890	2790
2005	2115							
2007		2130			990	1080	2070	3060

N = salaire en nature (montant journalier conformément à l'art. 11, converti en un montant mensuel)

E = salaire en espèce

**Art. 16 al. 1, première phrase**

(Cotisations des salariés dont l'employeur n'est pas tenu de payer des cotisations)

L'art. 16 fait référence au montant supérieur du barème dégressif, au sens de l'art. 21 RAVS. Cette valeur est adaptée en fonction de l'évolution des salaires et des prix (cf. art. 1 de l'Ordonnance 07), ce qui rend nécessaire une modification correspondante de l'*al. 1*.

**Art. 21**

(Barème dégressif des cotisations des personnes exerçant une activité indépendante)

Les limites supérieure et inférieure du barème dégressif sont adaptées en fonction de l'évolution des salaires et des prix (cf. art. 1 de l'Ordonnance 07), ce qui entraîne une modification de l'*al. 1*. Simultanément, les échelons intermédiaires doivent être fixés à nouveau. La structure de barème n'est toutefois pas modifiée.

L'adaptation de la limite inférieure du barème dégressif à l'évolution des salaires et des prix exige une modification du montant indiqué à l'*al. 2*.

**Art. 23, al. 3**

(Détermination du revenu et du capital propre)

A partir du 1<sup>er</sup> janvier 2003, tous les cantons appliquent le système de l'imposition annuelle sur la base du revenu acquis pour l'impôt fédéral direct. Ainsi, toutes les taxations intermédiaires deviennent superflues, étant donné que ce mode de calcul ne considère comme revenu imposable que le revenu effectivement acquis au cours de l'année fiscale en question. A l'*al. 3*, qui déclare que, en cas de taxation intermédiaire et de taxation fiscale consécutive à une procédure en soustraction d'impôts, les al. 1 et 2 sont applicables par analogie, la notion de «taxation intermédiaire» est donc supprimée.

**Art. 28**

(Détermination des cotisations)

L'adaptation de la cotisation minimum à l'évolution des salaires et des prix rend nécessaire une modification de l'*al. 1* (cf. commentaire de l'art., 2 al., 2 de l'Ordonnance 07). En dehors de l'augmentation de la cotisation minimum, les cotisations restent inchangées.

**Article 224, al. 2, 1<sup>e</sup> phrase**

(Montant des subventions)

Une nouvelle réglementation a été introduite en 1999. Le montant de la subvention, calculé en fonction d'un certain pourcentage du salaire, devait être fixé d'après les moyens à disposition inscrits au budget. Les services d'aide et de soins à domicile doivent pouvoir connaître le taux de subventionnement de l'année suivante le plus rapidement possible. Pour assurer l'information dans les délais, un système de communication des salaires a été introduit: il prévoit que les salaires de l'année avant l'année précédente sont déterminants (par ex., pour la subvention AVS de l'année 2007, les salaires 2005). Cette solution a largement fait ses preuves. Dans un arrêt récent, la Commission fédérale de recours en matière de prestations collectives de l'assurance-vieillesse et invalidité ne s'est pas prononcée sur la question de la

conformité à la loi de cette réglementation (cette dernière n'est en effet fixée que dans une circulaire). Il est donc prévu d'ancrer ce principe dans l'ordonnance afin d'assurer le maintien de cette réglementation durant la période précédant l'entrée en vigueur de la RPT.